

## Das Verlangen nach Kleinwohnungen.

Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung.

Während sich vorgestern, auf der Generalversammlung des „Bereins für Kleinwohnungswesen“, die anwesenden Vertreter fast aller Groß-Berliner Gemeinden darüber einig waren, daß der Frage der Förderung des Kleinwohnungsbaues die größte Aufmerksamkeit schon jetzt, während des Krieges, zu schenken ist, hat der Magistrat von Charlottenburg den dortigen Stadtverordneten eine „Mitteilung“ zugehen lassen, aus der keine große Begeisterung für dieses Problem spricht.

Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung hatte den Magistrat erlucht, in Beratungen darüber einzutreten, welche Mittel anzuwenden sind, um dem aller Voraussicht nach bevorstehenden Mangel an Kleinwohnungen rechtzeitig vorzubeugen. In seiner Mitteilung vertritt der Magistrat den Standpunkt, daß noch nicht genügende Unterlagen zur Prüfung der Vorfrage, ob nach dem Kriege in Charlottenburg eine Kleinwohnungsnot zu erwarten steht, vorliege und daß ferner erst abgewartet werden müsse, welche Schritte die Gesehzgebung auf dem Gebiete der Wohnungsreform vornehmen wird.

In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung wandte sich Stadtv. Rakenstein (Soz.) mit scharfen Worten gegen diese Stellungnahme des Magistrats. Die Antwort der städtischen Verwaltung lasse sich in den einen Satz zusammenfassen: „Wir haben in dieser Sache nichts getan, und es ist zweifelhaft, ob wir zukünftig etwas tun werden.“ Der Magistrat scheine keine Lust zu haben, vorbeugend tätig zu sein, ihm sei wohl die Errichtung von Kleinwohnungen für Minderbemittelte unsympathisch, obwohl in der Jungfernheide ein geeignetes Gelände zur Verfügung stehe. In aller Schärfe müsse dem Magistrat der Vorwurf gemacht werden, daß er in der Kleinwohnungsfrage vollständig versagt habe.

Die Reden der Vertreter der anderen Fraktionen waren insofern überraschend, als sie in einem gewissen Gegensatz zu dem früheren einstimmigen Beschluß, der Magistrat möge Mittel und Wege zur Beseitigung der Wohnungsnot suchen, stehen. Stadtv. Böllmüller (Lib.) bedauerte, daß sein Vorredner so schweres Geschütz gegen den Magistrat aufgeföhren habe. Man könne tatsächlich verschiedener Meinung sein, ob eine Wohnungsnot eintreten wird oder nicht. Davon abgesehen, habe der Magistrat mit den Lebensmittelangelegenheiten viel zu tun. Bedauerlich sei allerdings, daß der Magistrat bisher nicht einmal die zuständige Deputation zu einer Besprechung eingeladen habe. Stadtv. Bnd (Alte Fraktion) gab der Meinung Ausdruck, daß nach dem Kriege viel eher ein Wohnungsüberschuß als ein Mangel eintreten werde.

Stadtkämmerer Sembrichy verwahrte sich dagegen, daß der Magistrat in der Sache nichts getan habe. Die Wohnungsfrage lasse sich nur nach örtlichen Gesichtspunkten behandeln. Löw könne das Problem nur der Staat. Der Charlottenburger Magistrat werde aber die Sache im Auge behalten. Stadtverordneter Hirsch (Sozialdemokrat) trat dem Magistratsbezernemen entschieden entgegen. Charlottenburg versage in der Wohnungsfrage vollständig. Redner beantragte, einen besonderen Ausschuß für die Angelegenheit einzusetzen. Die Mehrheit der Versammlung lehnte aber diesen Antrag ab und ging zur Tagesordnung über.

Im Laufe der weiteren Verhandlungen kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit dem Magistrat. In dem einen Fall handelte es sich darum, daß der Magistrat den einstimmigen Beschluß der Versammlung, die Umsatzsteuer aus Billigkeitsgründen zu erlassen, wenn der Hypotheken- oder Grundstückgläubiger das Grundstück im Wege der Zwangsversteigerung erwerben muß, nicht beigetreten ist. Der zweite Fall entbehrt nicht des humoristischen Beigeschmacks. Der Charlottenburger Magistrat sieht sich außerstande, allen Stadtverordneten den neuen Etat rechtzeitig zuzustellen, weil der Drucker ihn angeblich nicht fertig bekommt. Der Magistrat will deshalb nur einigen Ausschußmitgliedern je ein Exemplar der wichtigsten Kapitel der neuen Jahresrechnung

liefern. Vergeblich wies Stadtverordneter Bernhard darauf hin, daß die Herstellung der 75 Exemplare nicht viel mehr Arbeit macht, als wenn etwa ein Duzend abgezogen werde. Der Satz und Umbruch und auch die Einrichtung der Maschine, nicht aber die Zahl der Abzüge sei es, die längere Zeit in Anspruch nehme. Oberbürgermeister und Kämmerer versicherten aber, daß sie alles mögliche getan hätten, um mehr Exemplare zu erhalten, der Drucker könne sie aber wirklich nicht liefern.

Die Versammlung wählte schließlich einen Ausschuß zur Beratung der neuen Jahresrechnung. Wie die Etatberatung aber unter den obwaltenden Verhältnissen bis zum 20. März fertig werden soll, steht noch dahin. Lediglich Ja und Amen werden die Stadtverordneten zu den Vorschlägen des Magistrats, so zu der Steuererhöhung von 160 auf 170 pCt. nicht sagen wollen.